

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Lebenssituation der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution verbessern

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Ziffer 2 des Antrags wird wie folgt geändert:

Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass möglichen Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution eine aufenthaltsrechtlich abgesicherte Bedenkzeit von mindestens einem Monat eingeräumt wird und ihre finanzielle Versorgung bedarfsgerecht sichergestellt wird sowie für ihre angemessene Unterbringung zu sorgen. Darüber hinaus wird der Senat beauftragt zu überprüfen, inwieweit die Wege für die Bereitstellung von Schutzwohnungen vereinfacht werden können und inwieweit eine professionelle psychosoziale Betreuung der Frauen gewährleistet werden kann.

Manuela Mahnke, Thomas Ehmke,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Doris Hoch, Dr. Zahra Mohammadzadeh,
Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen